



Deutsche Umwelthilfe e.V. | Fritz-Reichle-Ring 4 | 78315 Radolfzell

Landeshauptstadt Stuttgart  
Oberbürgermeister Fritz Kuhn  
70161 Stuttgart

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE  
RADOLFZELL

Fritz-Reichle-Ring 4  
78315 Radolfzell

---

Jürgen Resch  
Tel. +49 7732 9995-10  
Fax +49 7732 9995-77  
resch@duh.de  
www.duh.de

---

03. April 2020

## **Antrag auf kurzfristig eingerichtete Fahrrad-Straßen und Tempo 30 während der Corona-Krise für mehr Sicherheit im Radverkehr**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

In dicht besiedelten Städten müssen viele Bürger angesichts des eingeschränkten Bus- und Bahnverkehrs mit dem Fahrrad zur Arbeit fahren. Der stark zurückgegangene Autoverkehr ermöglicht die provisorische Umwidmung von Auto-Fahrs Spuren in Radwege. Die Kolumbische Hauptstadt Bogotá hat innerhalb weniger Tage etwa 100 Kilometer Fahrrad-Straßen eingerichtet. In der vergangenen Woche ist der Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg gefolgt und hat innerhalb von nur zwei Tagen erste Maßnahmen wie die Umwandlung von Autospuren in gesonderte Radwege oder die Verbreiterung von Aufstellfläche an Kreuzungen umgesetzt.

Gerade jetzt ist es wichtiger denn je, dass Fahrradfahrer\*innen und Fußgänger\*innen sich sicher durch unsere Städte bewegen können. Das trägt zur Verbesserung der Luftqualität bei, erlaubt Bewegung in frischer Luft mit sicherem Abstand voneinander und verhindert unnötige Unfälle. Und weniger Verkehrsunfälle entlasten gerade jetzt entscheidend unsere Krankenhäuser!

**Wir beantragen hiermit während der Dauer der Corona-Krise bis spätestens 16. April 2020 folgende Maßnahmen umzusetzen:**

- 1. in Stuttgart Straßenflächen zu Fahrradspuren nach dem Beispiel von Bogotá bzw. Berlin-Kreuzberg umzuwidmen.** Dabei ist es wichtig, dass diese Fahrrad-Straßen eine ausreichende Breite aufweisen und von verbleibenden Kfz-Fahrbahnen zumindest provisorisch durch Verkehrsbaken getrennt sind.
- 2. In Stuttgart die Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h innerorts zu begrenzen.**

### **Begründung:**

Viele Menschen können oder wollen derzeit für notwendige Fahrten zu ihrem Arbeitsplatz insbesondere in systemrelevanten Berufen weder mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, da die Angebote ausgedünnt sind oder sie aus einer individuellen Gefährdungslage diese temporär vermeiden, noch auf die Nutzung eines Pkw zurückgreifen.

Die sich in vielen Fällen anbietende Nutzung des Fahrrads bzw. Pedelecs ist angesichts der in Stuttgart nicht durchgehend guten Fahrradwege nur unter erhöhten Risiken für die Gesundheit möglich. Um eine möglichst unfallfreie Nutzung des Fahrrads für diese Fahrten von und zum Arbeitsplatz sicherzustellen und zu verhindern, dass zusätzliche, unfallbedingte Krankenhausbehandlungen anfallen, halten wir die kurzfristige Einrichtung von sichererer Fahrradinfrastruktur sowie von Tempo 30 für alle innerstädtischen Verkehre für notwendig.

Darüber hinaus sollte in Stuttgart aber auch die Luftbelastung insgesamt so weit wie möglich verringert werden. Viele Vorerkrankungen, insbesondere Erkrankungen der Atemwege, sind unter anderem auf hohe Belastungen durch Luftschadstoffe zurückzuführen. Vorerkrankungen der Atemwege erhöhen das Risiko eines schweren Krankheitsverlaufs bei einer Infizierung mit SARS-CoV-2. Vermehrte Anstrengungen zur Luftreinhaltung sind also wichtiger denn je. Die Gesundheit muss vor allem in diesen Tagen an erster Stelle stehen.

Es gibt keinen Schwellenwert für Luftschadstoffe, unterhalb dessen keine negativen Gesundheitswirkungen auftreten würden, daher muss die Belastung mit Feinstaub und Stickstoffdioxid soweit wie möglich abgesenkt werden - über die gesetzlichen Maßgaben der Grenzwerte hinaus.

Ein Großteil der städtischen Luftbelastung wird durch den motorisierten Straßenverkehr verursacht. Folglich sind kurzfristig umzusetzende Maßnahmen für bessere Luft gerade hier sinnvoll und möglich. Daher fordern wir kurzfristige Maßnahmen zur Stärkung und Sicherung des Radverkehrs.

Eine sofortige, provisorisch markierte bzw. abgegrenzte Radinfrastruktur, verbunden mit flächendeckendem Tempo 30 in der Stadt, ergibt gerade jetzt besonders Sinn. Sie sichert den Mindestabstand zwischen den Menschen, die weiterhin mobil sein müssen, und beugt Unfällen vor, die medizinische Betreuung in Krankenhäusern nach sich ziehen würden.

Aktuelle Unfallstatistiken zeigen in 2019 über 15.000 schwerverletzte Fahrradfahrer. Die meisten Radunfälle ereignen sich innerorts, wo Fahrradfahrende und motorisierter Verkehr sich auf engstem Raum begegnen. Dort stieg die Zahl der getöteten Fahrradfahrer zuletzt sogar auf insgesamt 271 Fälle (6,3 % höher als 2018). Auch bei den Pedelecs verzeichnet sich zuletzt ein deutlicher Anstieg der schwerverletzten Fahrer mit einem Zuwachs um 25 Prozent. Das aktuell deutlich geringere motorisierte Verkehrsaufkommen eröffnet nun Räume für bisher an den Rand gedrängte Fußgänger und Radfahrer, die sie dringend brauchen.

Damit auch ungeübte Radfahrende sicher und mit dem notwendigen Sicherheitsabstand unterwegs sein können, muss der neu gewonnene Platz nun schnell für Radinfrastruktur umgewidmet werden. Dabei empfehlen wir sich an den Beispielen aus Bogotá und Berlin zu orientieren, die zeigen, dass es möglich ist, innerhalb weniger Tage Fahrspuren für Autos in Radwege umzuwandeln, durch simple Markierungen auf der Straße. Eine bauliche Trennung kann auch provisorisch durch Verkehrsbaken oder Ähnliches schnell umgesetzt werden.

Wir fordern Sie auf, in Anbetracht der besonderen Situation umgehend die vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen.

Wir bitten um kurzfristige Stellungnahme zu unserem Antrag bis zum 16.04.2020.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Resch  
Bundesgeschäftsführer